

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
--------------------	--------------------------	--------------

zusätzliches Mitglied

Herr Dennis Hohloch	AfD	entschuldigt
---------------------	-----	--------------

Schriftführer/in:

Frau Susanne Gromoll GB Finanzen, Investitionen und Controlling

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.11.2018 und 19.12.2018 / Feststellung
der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
- 3.1 Bericht zum Stand des Haushaltsvollzuges gem. § 29 KOMHKV zum Stichtag
30.09.2018
Vorlage: 18/SVV/0982
Einreicher: Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung
- 3.2 Liquidität
Offene Anfrage
Fraktion FDP/Bürgerbündnis
Offene Anfrage
Fraktion DIE aNDERE
- 3.3 Kita-Finanzierung
Offene Fragen des Ausschusses für Finanzen
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden
Vorlage: 17/SVV/0604
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
- 4.2 Grundstückserwerb Krampnitz
Vorlage: 18/SVV/0521
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
- 4.3 Fläche für soziokulturelle Nutzung sichern
Vorlage: 18/SVV/0743
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5 Mitteilungen der Verwaltung

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Heuer begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger zur 42. Öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.11.2018 und 19.12.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Heuer stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen anwesend.

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 28. November 2018 und dem 19. Dezember 2018 liegt den Ausschussmitgliedern noch nicht vor, dementsprechend wird die Abstimmung dazu zurückgestellt.

Herr Heuer bespricht die vorliegende Tagesordnung:

In Absprache mit dem neu zuständigen Geschäftsbereich 2 wird der Tagesordnungspunkt 3.3 Kita Finanzierung zurückgestellt.

Auf Grund der entschuldigten Abwesenheit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird der Tagesordnungspunkt 4.3 „Fläche für soziokulturelle Nutzung sichern“ DS 18/SVV/0743 zurückgestellt.

Die so geänderte Tagesordnung wird durch Herrn Heuer zur Abstimmung gestellt und einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

zu 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

zu 3.1 Bericht zum Stand des Haushaltsvollzuges gem. § 29 KOMHKV zum Stichtag 30.09.2018

Vorlage: 18/SVV/0982

Einreicher: Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Frau Strobel das Wort. Frau Strobel (Geschäftsstelle 103 – Haushalt) erläutert mit Hilfe einer Präsentation den Bericht zum Stand des Haushaltsvollzuges gem. § 29 KomHKV. Der Bericht skizziert die bisherige Entwicklung des Haushaltsvollzuges nach Ablauf der ersten neun Monate des Jahres 2018. Der Bericht ist in 3 Säulen

unterteilt. Zuerst wird eine Gesamtentwicklung und Abweichungsanalyse für die Landeshauptstadt Potsdam in den relevanten Eckpunkten beleuchtet. Eine weitere Säule befasst sich mit dem aktuellen Sachstand der zentralen Themenfelder, die von gesamtstädtischer Bedeutung sind. Hierzu zählen insbesondere die Allgemeinen Finanzierungsmittel, der Schuldenstand und Schuldendienst sowie wesentliche Investitionen und Personal. Die dritte Säule des Berichtes geht auf die Chancen, Risiken und Wagnisse ein. Frau Strobel weist in ihrem Vortrag auf die im Vorfeld festgelegten zeitlichen Eckpunkte und deren Einhaltung hin. Dadurch ist ein wichtiger Baustein eines transparenten Berichtswesens auf den Weg gebracht worden. Zukünftig soll eine quartalsweise Berichterstattung ab dem Jahr 2020 erfolgen.

Frau Beck bezieht sich in ihrem Wortbeitrag auf die Aussage, dass im Jahr 2018 keine der per Letter of Intent definierten Ausschüttung des Klinikums Ernst von Bergmann erfolgte. Frau Strobel erläutert, dass eine Kreditaufnahme seitens des Klinikums notwendig gewesen wäre, um den Betrag zu zahlen. Daher wurde beschlossen, im Jahr 2018 keine Ausschüttung vornehmen zu lassen.

Herr Heuer fragt nach der Ursache der Fehlkalkulation zur Elternbeitragsordnung. Weiterhin fragt er nach dem Zusammenhang der Ausschüttung und der Gemeinnützigkeit des Klinikums. Die Geschäftsstelle 103 - Haushalt führt aus, dass es sich dabei um die vorwärts gerichtete Elternbeitragsordnung ab dem 01.08.2018 handelt (DS: 18/SVV/0396). Für diese waren finanzielle Auswirkungen/ Mehraufwendungen von 4,55 Mio. EUR als Volljahreseffekt (anteilig 2018: 1,9 Mio. EUR) gemäß Stadtverordneten-Beschluss vorgesehen. Im Bericht wird dargelegt, dass die Kalkulation überprüft wird und es dabei zu Mehraufwendungen kommen wird (ca. 10 Mio. EUR Volljahreseffekt). Die Abweichung zum Beschluss der DS 18/SVV/0396 begründet sich laut dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie darauf, dass zum einen in der Kalkulation eine zu geringe Kinderzahl angesetzt wurde und zum anderen wurde der Sozialversicherungsabzug nicht vollumfänglich bedacht. Herr Exner antwortet auf die Frage Gemeinnützigkeit des Klinikums. Er führt aus, dass die abgeführten Beträge nur für gemeinnützige Zwecke verwendet werden dürfen.

Weiterer Redebeiträge gibt es nicht. Herr Heuer dankt Frau Strobel. Somit nimmt der Ausschuss für Finanzen den Bericht zur Kenntnis. Herr Heuer schließt den Tagesordnungspunkt.

Der Ausschuss für Finanzen nimmt zur Kenntnis:

Den Bericht zum Stand des Haushaltsvollzuges gem. § 29 KomHKV (zum Stichtag: 30.09.2018).

zu 3.2

Liquidität

Offene Anfrage

Fraktion FDP/Bürgerbündnis

Offene Anfrage

Fraktion DIE aNDERE

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Exner das Wort. Herr Exner stellt mit Hilfe einer Präsentation den Liquiditätsstand der Landeshauptstadt Potsdam dar.

Zunächst erklärt Herr Exner die Vorgehensweise zur Ermittlung des tatsächlichen Liquiditätsstandes zum Stichtag 31.12.2018. Der eigene Finanzmittelbestand beträgt rund 247 Millionen Euro. Jedoch müssen davon u. a. übertragene Auszahlungsermächtigungen aus 2017 und die Risikoabschläge (bspw. für Bürgschaften und Rückstellungen) abgezogen werden. Dies führt zu einem vorläufigen Zwischenergebnis von rund 102 Millionen Euro an liquiden Finanzmitteln.

Durch die positive Liquiditätsentwicklung der Vorjahre konnten mehr als 40 Millionen Euro zusätzlich zum Investieren aus eigener Kraft für 2017 bis 2019 zur Verfügung gestellt werden. Auf Grund der beabsichtigten Investitionen in Bauvorhaben werden die Zuschüsse der Landeshauptstadt an den Kommunalen Immobilien Service (KIS) anhalten und ansteigen. Allein für den KIS ist eine Kreditfinanzierung i. H. v. 171 Millionen Euro für die kommenden vier Jahre nötig, um die geplanten Investitionsvorhaben bewältigen zu können. Herr Exner führt daher aus, dass die Neuverschuldung – die aktuell für den KIS erfolgt – zu begrenzen ist. Dies wird auch von der Kommunalaufsicht gefordert (siehe Genehmigungsschreiben zum KIS Wirtschaftsplan 2018). Dafür werden auch zukünftig investive Eigenmittel benötigt, dementsprechend muss der Konsolidierungskurs aktuell und mittelfristig beibehalten werden.

Er verweist an dieser Stelle auf die steigende Pro-Kopf-Verschuldung. Um diese dieser Herausforderung im „Jahrzehnt der Investitionen“ gerecht werden zu können, braucht es bei allen Planungen und Vorhaben eine gesamtstädtische Verantwortung.

Herr Exner führt als Beispiele die Städte Hannover und Köln an. Beide Städte haben sich bereits mit der Frage der Sicherung der kommunalen Zukunftsfähigkeit auseinandergesetzt. Hannover hat zu diesem Zweck ein Investitionsmemorandum vorgelegt. Köln hat mit externer Unterstützung eine Tragfähigkeitsanalyse erstellt. Der Grundgedanke dabei ist, die Lasten aus der Vergangenheit, die Aufgaben der Gegenwart und die Investitionen in die Zukunft unter Berücksichtigung der Beteiligungen, entsprechend dem Ansatz Konzern Stadt, aufzuarbeiten. Abschließend merkt Herr Exner an, dass eine möglichst hohe Liquidität bei allen anstehenden Entwicklungen und Bedarfen Gestaltungsspielräume eröffnet.

Herr Dr. Bauer stellt eine Frage zum KIS Wirtschaftsplan und führt aus, dass es in den letzten Jahren eine drastische Mietsteigerung gegeben habe. In dem Zeitraum von 2014 bis 2020 hat eine Verdoppelung der Kosten zur Objektbewirtschaftung stattgefunden. Herr Richter antwortet darauf, dass die Bewirtschaftungskosten gestiegen sind, bedingt durch einen wachsenden Immobilienbestand, der eine höhere Zahl von Hausmeistern erforderlich macht und u. a. durch einen höheren Technisierungsgrad der Bauten. Auf eine erneute Nachfrage von Herrn Dr. Bauer verweist Herr Richter auf die Möglichkeit einer weiterführenden Diskussion bzw. Beantwortung der Fragen im zuständigen KIS Werksausschuss.

Da es keine weiteren Wortbeiträge gibt, dankt Herr Heuer Herrn Exner und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 3.3 Kita-Finanzierung
Offene Fragen des Ausschusses für Finanzen

zurückgestellt

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden
Vorlage: 17/SVV/0604

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt der Fraktion DIE LINKE das Wort. Herr Kaminski bringt den Antrag ein und verweist auf die neue Fassung des Antrages. Der Antrag bezieht sich auf eine 14-tägige Meldung von möglichen Vorkaufsrechten. Die Fraktion DIE LINKE hält es nach wie vor für zwingend notwendig dort eingreifen zu können.

Es gibt keine Wortbeiträge. Herr Heuer stellt den Antrag zur Abstimmung. Dieser wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den vorliegenden Antrag **abzulehnen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die nach Vorkaufsrecht der Landeshauptstadt Potsdam angebotenen Grundstücke sollen einem geeigneten Gremium vorgestellt werden, so dass eine politische Beteiligung vor einer verwaltungsseitigen Entscheidung dazu herbeigeführt wird, ob es sich um ein Gebäude oder Grundstück von öffentlichem Interesse handelt.

Dazu hat der Oberbürgermeister bis Dezember 2017 einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	3
Stimmhaltung:	0

zu 4.2 Grundstückserwerb Krampnitz
Vorlage: 18/SVV/0521

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herr Dr. Bauer das Wort. Dieser bringt die Drucksache ein. Herr Dr. Bauer führt aus, dass ein Gespräch stattgefunden hat mit Herrn Nicke und Herrn Westphal von der Pro Potsdam. Eine komplett ablehnende Haltung zur Erbbaupacht konnte nicht wahrgenommen werden.

Herr Lehmann führt für die Verwaltung aus, dass u.a. eine soziale Infrastruktur ausreichend berücksichtigt werden muss. Erbbaurechte durch die Stadt sind nicht Sinn der Entwicklungsmaßnahme. Eine Erreichung der Entwicklungsziele wird in

der Regel durch Verkauf erzielt. Durch den Erlös der Verkäufe sind dann auch die Planungen für soziale Infrastruktur möglich.

Herr Dr. Bauer erwidert, dass die Stadt besser Geschosswohnungsbau mit Erbbaupacht fördern soll als Eigenheime.

Herr Heuer merkt an, dass er diesen Antrag für nicht zustimmungsfähig erachtet.

Es werden zwei Anträge zur Geschäftsordnung gestellt. Zunächst wird der Antrag auf Vertagung der Abstimmung gestellt. Dieser wird mehrheitlich abgelehnt (Zustimmung: 0, Ablehnung: 4, Enthaltung: 1).

Daraufhin wird der Antrag zur Geschäftsordnung auf Einzelabstimmung der einzelnen Punkte des Antrages zur Abstimmung gestellt. Dieser wird mehrheitlich abgelehnt (Zustimmung: 1, Ablehnung: 4, Enthaltung: 0).

Abschließend wird der Antrag in der neuen Fassung vom 07.01.2019 abgestimmt. Dieser wird einstimmig abgelehnt.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den vorliegenden Antrag **abzulehnen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge die DS 18/SVV/0521 in der folgenden neuen Fassung beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die städtische Wohnungsgesellschaft Pro Potsdam GmbH im Entwicklungsgebiet Kramnitz mindestens 1.000 Wohnungen baut und die hierfür erforderlichen Grundstücke erwirbt.
2. Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass Grundstücke für die Errichtung von mindestens 2.000 weiteren Wohnungen an Wohnungsgenossenschaften, Baugruppen oder gemeinwohlorientierte Träger vergeben werden.

Die Vergabe dieser Grundstücke soll nicht zum Höchstgebot erfolgen, sondern im Rahmen von Konzeptvergaben. Außerdem sollen die Grundstücke nicht verkauft werden, sondern durch Erbbaupachtverträge veräußert werden.

Dazu ist ein Konzept zu erarbeiten, in dem Zielgruppen definiert und Grundsätze des Vergabeverfahrens festgelegt werden. Das Konzept soll der Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2019 vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	0
Ablehnung:	5
Stimmhaltung:	0

zu 4.3 Fläche für soziokulturelle Nutzung sichern
Vorlage: 18/SVV/0743
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Exner das Wort. Herr Exner legt mithilfe einer Präsentation das bevorstehende Verfahren zum Nachtragshaushalt dar. Der Nachtragshaushalt ist angedacht, da die Sicherung der freiwilligen Rückzahlungen aus den Elternbeitragsordnungen für 2015, 2016, 2017 und anteilig 2018 erreicht werden soll und die haushalterische Abbildung der Organisationsverfügung und des unabdingbaren Stellenmehrbedarfs der Landeshauptstadt Potsdam im Jahr 2019 Berücksichtigung finden muss. Weiterhin macht er Aussagen zu den Rahmenbedingungen und dem Zeitplan. Eine Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung ist für den 08.Mai 2019 avisiert.

Es besteht kein Diskussionsbedarf, daher schließt Herr Heuer den Tagesordnungspunkt.

Herr Heuer bedankt sich bei allen Anwesenden und beendet die 42. Sitzung des Ausschusses für Finanzen.